

Manfred Löwisch

Die Bundesregierung zu den Konfuzius-Instituten

Die 19 an deutschen Universitäten und Hochschulen bestehenden Konfuzius-Institute sind in die Diskussion geraten. Auslöser ist eine von der chinesischen Seite im Januar 2018 angestoßene Reform, nach der die Konfuzius-Institute einen Fokus auf den Aufbau einer sozialistischen Kultur und eine Diplomatie chinesischer Prägung legen sollen. Die Diskussion hat dazu geführt, dass einige deutsche Universitäten, wie Düsseldorf, Bonn und Hamburg die Kooperation aufgegeben oder eingeschränkt haben, während andere, wie Freiburg, Heidelberg und die FU Berlin nach wie vor keine Probleme sehen.¹

Die Angelegenheit hat auch Bundestag und Bundesregierung beschäftigt. Abgeordnete der FDP haben am 11. November 2019 an die Bundesregierung eine Kleine Anfrage zu den „Aktivitäten chinesischer Konfuzius-Institute an deutschen Hochschulen“ gestellt.² Die Bundesregierung hat auf die Anfrage am 29. November 2019 ausführlich geantwortet.³ Schon zuvor hatten am 5. Juli 2019 Abgeordnete der Grünen allgemein die „Wissenschaftsfreiheit als Grundlage der akademischen Zusammenarbeit mit China“ zum Gegenstand einer Kleinen Anfrage gemacht⁴, auf welche die Bundesregierung am 22. Juli 2019 geantwortet hat.⁵

Die Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der FDP beginnt mit einer Vorbemerkung, in der es heißt:

„Seit 2004 wurden auf Initiative der chinesischen Regierung weltweit ca. 500 Konfuzius-Institute eröffnet. Die Konfuzius-Institute werden vom sogenannten „Hanban“, einer nachgeordneten Behörde des chinesischen Erziehungsministeriums, gesteuert. „Hanban“ ist die chinesische Abkürzung für das „Staatliche Führungsgruppenbü-

ro für die internationale Verbreitung der chinesischen Sprache“. Das „Hanban“ ist dem Zentralen Propaganda-Department der Kommunistischen Partei Chinas unterstellt.

Im Januar 2018 hat die sogenannte „Kleine Führungsgruppe zur Vertiefung umfassender Reformen“, ein zentrales Führungsgremium der Kommunistischen Partei Chinas unter Vorsitz von Staats- und Parteichef *Xi Jinping*, eine Reform der Konfuzius-Institute angestoßen. Künftig sollen die Konfuzius-Institute einen Fokus auf den „Aufbau einer sozialistischen Kultur“ und Unterstützung einer „Diplomatie chinesischer Prägung“ legen. Dies soll durch eine stärkere ideologische Vorbereitung des ins Ausland entsandten chinesischen Lehrpersonals erfolgen.

Aktuell gibt es 19 Konfuzius-Institute in Deutschland; die ersten Konfuzius-Institute in Deutschland wurden 2006 an der Freien Universität Berlin und an der Universität Erlangen-Nürnberg gegründet. In der Regel werden Konfuzius-Institute unter Beteiligung des „Hanban“ zwischen einer chinesischen und einer deutschen Universität gegründet, beide Universitäten stellen je einen Ko-Vorsitzenden.

Aufgrund der Kulturhoheit der Länder ist die Bundesregierung an der Gründung und Ausgestaltung von Konfuzius-Instituten nicht beteiligt. Die vertraglichen Grundlagen der Zusammenarbeit wurden bisher in keinem Fall öffentlich gemacht. Die Bundesregierung, insbesondere das Auswärtige Amt (AA) und das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF), stehen für beratende Gespräche mit Ländern und Hochschulen zur Verfügung.“

1 *Feldwisch-Drentrup, Hinnerk*, Konfuzius als Propaganda-Instrument. Kritik an den von China bezahlten Instituten: Die ersten deutschen Unis überdenken die Zusammenarbeit, *Tagesspiegel* vom 23.12.2019, S. 24, aufrufbar im Internet: <http://www.hohrueti.ch/userfiles/file/Medienberichte/Tagesspiegel%20Berlin.pdf>, (Stand: 27.2.2020); siehe auch *Sturm, Peter*, Steuergeld für Propaganda-Institute?, *F.A.Z.* vom 30.11. 2019, aufrufbar im Internet: <https://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/sollte-weiterhin-steuergeld-in-die-chinesischen-konfuzius-institute-fliesen-16510491.html>, (Stand: 27.2.2020); *Klovert, Heike*, Konfuzius-Institute an deutschen Unis. Kultur aus Peking – unter Aufsicht der Partei, *SPIEGEL Panorama* vom 30.11.2019, aufrufbar im Internet: <https://www.spiegel.de/lebenundlernen/uni/konfuzius-institute-an-deutschen-unis-kultur-aus-pekings-a-1298843.html>,

(Stand:27.2.2020); sowie *Rüskamp, Wulf*, Konfuzius-Institute in der Kritik, *Badische Zeitung* vom 16.12.2019, aufrufbar im Internet: <https://www.badische-zeitung.de/konfuzius-institute-in-der-kritik--180568630.html>, (Stand: 27.2.2020).

2 Kleine Anfrage der Abgeordneten *Dr. Jens Brandenburg* (Rhein-Neckar), *Katja Suding*, *Mario Brandenburg* (Südpfalz), weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP, BT-Drucksache 19/15009.

3 Antwort der Bundesregierung, BT-Drucksache 19/15560.

4 Kleine Anfrage der Abgeordneten *Gehring, Bause, Trittin*, weiterer Abgeordneter und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, BT-Drucksache 19/11403.

5 Antwort der Bundesregierung, BT-Drucksache 19/11839.

Die Ausgestaltung der Zusammenarbeit zwischen den deutschen Hochschulen und den ihnen angegliederten Konfuzius-Instituten stellt sich nach der Antwort der Bundesregierung wie folgt dar:

„Nach Kenntnis der Bundesregierung werden Konfuzius-Institute auf der Grundlage einer Vereinbarung mit einer deutschen Hochschule gegründet. Die Kulturorganisation „Hanban“ stellt Finanzmittel, Lehrkräfte und Lehrmaterial für Sprach- und Kulturkurse zur Verfügung und vermittelt häufig eine chinesische Partneruniversität. Der deutsche Partner stellt im Gegenzug die erforderliche Infrastruktur (v.a. Lehrräume etc.) zur Verfügung. Geleitet werden die Konfuzius-Institute in der Regel von einer chinesisch-deutschen Doppelspitze. Konfuzius-Institute in Deutschland sind in der Regel eingetragene Vereine und gelten somit als deutsche Körperschaften.“

Zu den akademischen und nicht-akademischen Zielen der Konfuzius-Institute und der Einflussnahme der chinesischen Regierung, der Kommunistischen Partei Chinas, der chinesischen Botschaft in Berlin sowie der regionalen (General-)Konsulate schreibt die Bundesregierung:

„Nach dem Reformplan der vom Generalsekretär der Kommunistischen Partei China, *Xi Jinping*, geleiteten „Führungsgruppe zur Vertiefung umfassender Reformen“ sollen Konfuzius-Institute eine bedeutende Kraft im Austausch von Kultur und Bildung zwischen China und anderen Ländern werden und als wichtiger Akteur in der Soft-Power-Politik Chinas der „Diplomatie chinesischer Prägung“ dienen. Der Fokus der Arbeit der Konfuzius-Institute soll auf dem „Aufbau der sozialistischen Kultur“ liegen.“

„Der Bundesregierung ist bekannt, dass der chinesische Staat bzw. die Kommunistische Partei Chinas Einfluss auf Veranstaltungen, Lehrinhalte und -materialien an Konfuzius-Instituten in Deutschland nimmt. Dies erschließt sich bereits aus der engen organisatorischen und finanziellen Anbindung der Institute an staatliche

chinesische Institutionen, namentlich an die der Zentralen Propagandaabteilung der Kommunistischen Partei Chinas unterstellte Kulturorganisation „Hanban“.

Ergänzend weist die Bundesregierung zu diesem Punkt auf ihre Antwort zu Frage 16 der Kleinen Anfrage der Grünen hin. Dort heißt es:

„Das Programm der Konfuzius-Institute wird von der offiziellen außenpolitischen Kulturorganisation Hanban („Institut für chinesische Sprachausbildung“) gesteuert. Das Hanban ist direkt der Zentralen Propagandaabteilung der KPCh unterstellt (d. h. dem Büro für Auslandspropaganda). Im Staatsapparat ist das Hanban dem Bildungsministerium zugeordnet. Im Leitungsrat von Hanban sind zwölf Staatsministerien und staatliche Behörden vertreten, darunter das State Council Information Office (SCIO) und das Außenministerium.“

In diesem Zusammenhang hebt die Bundesregierung in ihrer Antwort auf die Kleine Anfrage der FDP hervor, dass sie unzulässige Einflussnahmeaktivitäten ausländischer Staaten sehr ernst nimmt und die ihr zu Gebote stehenden Mittel ausschöpft. Das betreffe auch entsprechende Vorgehensweisen des chinesischen Staates. Sie stehe dazu in engem Kontakt und Austausch mit der Allianz der deutschen Wissenschaftsorganisationen. Auch das Bundesamt für Verfassungsschutz befasse sich im Rahmen seiner Zuständigkeit mit einschlägigen Einflussnahmeaktivitäten Chinas.⁶

Erkenntnisse darüber, dass bestimmte Themengebiete der chinesischen Geschichte und Kultur (beispielsweise Tibet-Frage oder die gewaltsame Niederschlagung von Protesten am Tian’anmen-Platz 1989) in der Lehre und den Angeboten der Konfuzius-Institute ausgeblendet werden, liegen der Bundesregierung nicht vor. Auch Fälle, in denen deutsche Hochschulen der Bundesregierung gegenüber Bedenken geäußert haben, dass Lehre und sonstiges Angebot der Konfuzius-Institute die Wissenschaftsfreiheit nach Art. 5 Absatz 3 GG erfüllen, sind der Bundesregierung nicht bekannt.

Die Bundesregierung hat auch keine Kenntnis von Fällen, in denen Mitarbeiter von Konfuzius-Instituten

⁶ Für Letzteres wird auf den Verfassungsschutzbericht 2018 Bezug genommen, der auf S. 300 allgemein auf umfassende Versuche verweist, die Einflussphäre in den Bereichen Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft auszudehnen.

versucht haben, direkten oder indirekten Einfluss auf Forschung und Lehre an deutschen Hochschulen oder auf chinesische oder deutsche Studierende an deutschen Hochschulen zu nehmen.

Zieht man aus den Antworten die Summe, zeigt sich, dass die Bundesregierung sich eines Urteils über die ja auch in die Kompetenz der Bundesländer fallenden Konfuzius-Institute enthält. Nicht zu übersehen ist aber die Mahnung an Universitäten und Hochschulen, die Zusammenarbeit mit den Konfuzius-Instituten unter dem Blickwinkel der Freiheit von Forschung und Lehre (Art. 5 Absatz 3 GG) kritisch zu begleiten.

Manfred Löwisch ist Professor an der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg und Leiter der Forschungsstelle für Hochschulrecht und Hochschularbeitsrecht.